



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Joshua Frey, MdL, Haagener Str.14, 79539 Lörrach

PRESSEMITTEILUNG



JOSHA FREY

Europapolitischer Sprecher

Mitglied im Sozialausschuss

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2063-645

Telefax (0711) 2063-14645

Mail: josef.frey@gruene.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro

Haagener Str. 14

79539 Lörrach

Telefon (07621) 5839520

Telefax (0711) 2063-14645

Mail: josef.frey2@gruene.landtag-bw.de

Lörrach, den 21. Dezember 2015

GRÜNE im Dialog zu guten und gerechten Arbeitsbedingungen

Joshua Frey: „Grüne Sozialpolitik ist innovativ und ermöglicht ein Miteinander von Menschen, Arbeit und Familie“

Auf Einladung des Lörracher Landtagsabgeordneten Joshua Frey kam die grüne Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke zu einem Fachgespräch nach Lörrach. Thema des Austauschs mit Vertretern der Sozialverbände und Gewerkschaften waren „Gute und gerechte Arbeitsbedingungen“. Obwohl im Dreiländereck fast Vollbeschäftigung herrsche, dürfe man die Langzeitarbeitslosen und deren Gründe dafür nicht vergessen, mahnte der Lörracher Sozialpolitiker Joshua Frey. Dabei machte er auch auf die zwei tragende Säulen grüner Arbeitsmarktpolitik in Baden-Württemberg aufmerksam: Mit dem bundesweit beachteten Passiv-Aktiv-Tausch-Programm wurden Mittel mit einem einzigartigen Projekt sinnvoll eingesetzt, statt diese zu kürzen. Während bisher die Arbeitslosigkeit von Langzeitarbeitslosen finanziert wurde, bezuschusst das Land Arbeitsplätze von staatlicher Seite und unterstütze somit die Aufnahme einer regulären Beschäftigung. So wurden in Baden-Württemberg mehr als 9.500 Menschen zurück in den Beruf gebracht. Zudem hat grün-rot ein Landesarbeitsmarktprogramm ins Leben gerufen, dass auch Teilzeitausbildung ermöglicht, um berufliche Ausbildung und beispielsweise familiäre Aufgaben miteinander zu vereinen. „Für uns heißt innovative Sozialpolitik, dass Menschen, Arbeit und Familie zusammen finden können“, fasst Joshua Frey die grünen Leitlinien in diesem Bereich zusammen.

Im Mittelpunkt des Austauschs standen abschließend Fragen zu gerechter Arbeit, Belastungen durch die Arbeit sowie die psychische Gesundheit der Arbeitnehmer. Wie oft in den letzten Monaten war ein zentrales Thema auch die Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft sowie den Arbeitsmarkt. Die Runde war sich einig, dass es „vernünftige, nachhaltige Methoden der Integration“ braucht und dass vor allem die Deutschkenntnisse von Flüchtlingen gefördert werden müssen. Die Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke kritisierte die mangelnden Ressourcen im

Bereich des Spracherwerbs und die somit erschwerte Integration von Seiten der Bundesagentur für Arbeit. Eine weitere Gruppe, um deren Umstände man besorgt war, waren die Langzeitarbeitslosen.

Viele Arbeitsmaßnahmen seien zu kurzfristig angelegt und somit nicht für alle Menschen geeignet. Laut Michael Schmitt-Mittermeier (Diakonie) sind Vorschriften und Realität auch hier oft nicht kompatibel und in der Folge etliche Programme ineffektiv. Thomas Wamsler (IG Metall) lobte schließlich auch die Landesregierung und deren Industriepolitik, besonders die Zusammenarbeit von Regierung und Gewerkschaften und deren konstruktiven Dialog und Diskurs zu wichtigen Zukunftsthemen der Arbeit wie z.B. Leichtbau und Nachhaltigkeit in der Automobilindustrie. Am Ende des Gesprächs plädierte Hagen Sichtling (PVD) mit großer Zustimmung für eine breite gesellschaftliche Debatte, wie Arbeit in Zukunft aussehen solle. Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und -umstände müsse von der Gesellschaft als Ganzes bestimmt werden, nicht allein von Arbeitgebern und Wirtschaft. Es sei wichtig, die Arbeit an das Leben anzupassen und die Arbeitswelt so zu verändern, dass stressbedingte psychische Erkrankungen wieder geringer und höhere Flexibilität ein zentraler Anspruch werden, war das Schlussplädoyer von Beate Müller-Gemmeke.